

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer

Tageblatt

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptpostamts zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamtes und des Stadtrats zu Bischofswerda.



Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dichteste Verbreitung in allen Volkskreisen. Verlagen: Sonntags-Unterhaltungsblatt und Landwirtschaftliche Zeitschrift. Geschäftsstelle Bischofswerda, Altmarkt 15. — Druck und Verlag von Friedrich May & Co. in Bischofswerda. Fernsprechnr. 444 und 445.

Erstklassig: Jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbmöndlich Mk. 1,20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pfg. Einzelnummer 15 Pfg. — Alle Postanstalten, sowie unsere Zeitungsanstalten und die Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen.

Postfach-Konto: Amt Dresden Nr. 1321. Gemeindeverbandsgirokasse Bischofswerda Konto Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Verlegerungsanstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise (in Goldmark): Die 43 mm breite einpolige Grundzeile 25 Pfg., tägliche Anzeigen 20 Pfg., bis 10 mm breite Reklamezeile (im Textfeld) 70 Pfg. Jahrgang in Postform zum amtlichen Preis vom Jahrgang, jedoch nicht abwärts als zum Kurs vom Tage der Rechnung. — Rabatt nach Tarif. Die Sammelanzeigen tarifm. Ausschlag. — Ermäßigungen für Vereine.

Nr. 62

Sonntag, den 14. März 1926.

81. Jahrgang

Gespannte Lage in Genf.

Tageschau.

Reichskanzler Dr. Luther hat am Freitag um 7 Uhr abends dem englischen Außenminister mitgeteilt, daß die deutsche Delegation alle Kompromißvorschläge ablehne und auf ihrem Standpunkt beharre.

Zur Teilnahme an der am Montag beginnenden Arbeitszeitkonferenz hat sich Reichsarbeitsminister Dr. Brauns nach London begeben.

In einer der letzten Kabinettsitzungen wurde einem Gesetzentwurf über die Förderung des Baues von Kleinwohnungen zugestimmt. Die Regierung wird zum Bau von Kleinwohnungen 200 Millionen als Zwischenkredit zur Verfügung stellen.

Nach Meldungen aus Berlin ist vom 15. April ab mit einer Einschränkung des Personenzugverkehrs zu rechnen.

Freitag morgen wurden zwei japanische Zerstörer, die versuchten, den Reichsflug hinauszufliegen, von den Takaforts beschossen, wobei vier Japaner erheblich verletzt wurden.

Zu den mit * bezeichneten Meldungen finden die Leser Ausführliches an anderer Stelle.

Die deutsche Delegation lehnt alle Kompromißvorschläge ab.

Genf, 12. März. (Drahtb.) Der heutige Abend hat eine folgenschwere Entscheidung gebracht. Die deutsche Delegation ist, wie zu erwarten war, fest geblieben und hat alle neuerlich gemachten Kompromißvorschläge abgelehnt. Reichskanzler Dr. Luther hat um sieben Uhr abends dem englischen Außenminister Chamberlain hiervon Mitteilung gemacht.

Nach der deutschen Ablehnung.

Genf, 12. März. (Drahtb.) Nachdem Reichskanzler Dr. Luther dem englischen Außenminister Chamberlain die ablehnende Antwort der deutschen Delegation mitgeteilt hatte, begab sich Chamberlain sofort zu Briand, mit dem er eine längere Unterredung hatte.

Genf, 12. März, 8 Uhr abends. (Drahtb.) Die Nachricht, daß die deutsche Delegation fest geblieben ist, verbreitete sich wie ein Lauffeuer von Mund zu Mund. Der die Ereignisse des heutigen Tages in allen Phasen mit durchlebt hat, konnte sich eines starken Gefühls der Enttäuschung nicht erwehren. Der mit größter Stürze auf die deutsche Delegation ausgeübte Druck ist erfolglos geblieben. In der Vormittagsbesprechung, in deren Mittelpunkt die Frage der Zuteilung eines nichtständigen Ratsplatzes an Polen stand, hatte die deutsche Delegation vorgeschlagen, die Sitzung zu vertagen und sich am Abend wieder zusammenzusetzen. Bevor aber diese Zusammenkunft erfolgte, ist bereits die ablehnende Antwort der deutschen Delegation erteilt worden. Das hierüber in englischen und französischen Lager und bei allen denjenigen, die auf eine Annahme der Kompromißvorschläge hofften, tiefste Enttäuschung herrscht, ist nicht weiter verwunderlich. Die Argumente, mit denen man auf der Gegenseite gearbeitet hatte, waren allzu durchsichtig. Man zeigte sich dem deutschen Vorschlag geneigt, die Ansprüche auf ständige Ratsplätze auf den Herbst zu vertagen und sie durch eine Sonderkommission des Rates behandeln zu lassen. Als Entgegenkommen verlangte man aber, daß Deutschland die bindende Zusage gebe, mit der Erweiterung des Rates um einen nichtständigen Sitz einverstanden zu sein. Dieser Sitz war Polen zugeordnet. Man stellte also die neuen Vorschläge als ein außerordentliches Entgegenkommen hin, für das man eine Gegenleistung zu beanspruchen hätte, vergaß dabei aber vollkommen, daß Deutschland als Nichtmitglied des Völkerbundes keinerlei Bindungen eingehen konnte und daß der Widerstand gegen die Vermehrung der ständigen Ratsplätze von Schweden ausgeht. So war denn die Haltung der deutschen Delegation so klar und deutlich vorgezeichnet, daß sie es nicht nötig hatte, sich mit dem Reichspräsidenten und mit dem Kabinett in Berlin in Verbindung zu setzen. Die in anderen Ländern hierüber verbreiteten Nachrichten sind aus der Luft gegriffen.

Man will Deutschland verantwortlich machen.

Berlin, 13. März. (W. I. B.) Reuter meldet aus Genf: In einer Unterredung mit einem Vertreter des Reuterschen Bureaus erklärte Chamberlain, er habe den Eindruck, daß die Ablehnung der letzten Vorschläge durch den Reichskanzler Dr. Luther alle Bemühungen zur Fortsetzung der Besprechungen nutzlos mache.

Genf, 13. März. Briand, der am Freitag in den späten Abendstunden die französische Presse empfing, erklärte bei dieser Gelegenheit, die alliierten Staaten hätten so weit nachgegeben, daß sie nicht mehr weiter könnten, als sie es getan hätten. Was sich morgen ereignen wird, wisse noch niemand. Jedenfalls müsse die Initiative von Deutschland ergriffen werden. (!)

Mit diesen Erklärungen verfolgt man die alte Taktik: man erklärt Deutschland für allein schuldig, obwohl aller Welt klar ist, daß die Schuld hauptsächlich bei Frankreich und England liegt. Die Haltung der deutschen Delegation war von vornherein bestimmt. Deutschland war bei seinem Aufnahmeantrag den konstitutionellen Weg gegangen. Gegen seinen Anspruch auf den Ratsplatz hatte sich kein prinzipieller Widerspruch ergeben. Es sollte in den Völkerbund aufgenommen werden, ohne sich an dessen inneren Problemen zu beteiligen, bezog es dem Rate an. Schweden war der Träger der Ansicht, daß die Erweiterung des Rates dem Ideal des Völkerbundes widerspreche. Deutschland konnte sich nur auf den Standpunkt stellen, daß es bereit sei, keinen prinzipiellen Widerstand gegen eine Erweiterung des Rates zu geben. Tatsächlich liegen die Dinge so, daß nicht Deutschland durch seine Haltung den Frieden der Welt stört, sondern daß der polnische Ratsplatz den anderen mehr wert ist als dieser Friede. Bis zum Schluß hat die deutsche Delegation die Ruhe bewahrt und denen, die bereits dem Völkerbund angehören, die Austragung der Gegenfrage überlassen. Für Deutschland war dies eine Frage des Prinzips. Es kann sich nicht um ein Nachgeben von beiden Seiten, um ein Treffen auf mittlerer Linie handeln. Wenn die deutsche Delegation auch nur einen Schritt von ihrem Standpunkt abweichen würde, so hätte sie damit den ganzen deutschen Standpunkt aufgegeben. Die deutsche Delegation würde auch gegen die geschlossene öffentliche deutsche Meinung handeln, wenn sie auf Vorschläge eingehen würde, die die Mehrheit des deutschen Volkes nicht verstehen würde und nicht verstehen könnte. Darum darf sie gewiß sein, daß ihr Entschluß von dem gesamten deutschen Volk, aber auch im Ausland, in allen neutralen Staaten, sowie in England und in den Vereinigten Staaten Billigung finden wird. Die deutsche Delegation hat als Vertreterin des deutschen Volkes zum ersten Male wieder seit dem Kriege bewiesen, daß Deutschland sich seiner Kraft und seines Rechts bewußt sein muß, wenn es das Ansehen wieder erlangen will, das ihm die Nachkriegsjahre raubten.

Scharfe englische Kritik an Chamberlains Politik.

London, 13. März. (Drahtb.) Die in London aus Genf vorliegenden Nachrichten lauten auch am Freitag nicht erfreulich und werden in politischen Kreisen lebhaft erörtert. Es muß dabei hervorgehoben werden, daß gerade in den letzten Tagen alle maßgebenden politischen Blätter mit erneuter Schärfe gegen die Chamberlain-Politik Stellung nehmen. Die in den ersten Tagen der Genfer Zusammenkunft bemerkbare Zurückhaltung ist scharfer Kritik gewichen. In maßgebenden Kreisen betrachtet man die Entwicklung der Dinge mit ernster Sorge. Von London aus gesehen spüren sich die ganzen Verhandlungen und die Taktik Kusten Chamberlains und Briands darauf zu, Deutschland die Schuld an dem möglichen Zusammenbruch in die Schuhe zu schieben. Es kann, wie sehr kompetente Beurteiler maßgebender politischer Strömungen in London versichern, gesagt werden, daß dieses Verfahren in London auf keine Gegenliebe trifft. Wenn es zum offenen Bruch in Genf kommen sollte, so wird man wieder in der englischen Öffentlichkeit noch an maßgebenden Stellen der deutschen Politik die Schuld geben. Niemand in London ist mehr über die Verantwortlichkeit Chamberlains für die jetzige Krise im Völkerbund im Zweifel. Hätte Chamberlain vor drei Wochen sich nicht zu un-

überlegten Zusagen verhalten lassen, sondern den Standpunkt Englands wirklich vertreten, dann wäre es nach Meinung maßgebender englischer Kreise nicht zu dem heutigen beschämenden Zustand in Genf gekommen.

London, 13. März. (Drahtb.) Wie der diplomatische Korrespondent des Star berichtet, ist das Kabinett über die Intrigen von Genf sehr beunruhigt. Es werde immer klarer, daß die Verständigung mit Frankreich, auf die Lloyd George in der Unterhausdebatte hingewiesen habe, eine der Ursachen der unglücklichen Komplikationen, die jetzt in Genf entstanden seien, wäre. Die Gefahr bestehe, daß Berlin die deutschen Delegierten zurücksuchen werde. Das würde der schwerste Schlag sein, den der Völkerbund bisher empfangen habe und würde nicht nur Amerika und Rußland entmutigen, sondern auch die Abrüstungskonferenz auf unbestimmte Zeit verschieben und zur Umbildung Europas, die Mussolini vielleicht mit Österreich und der Kleinen Entente hinter sich zu schaffen suche, ermutigen.

Der Südostblock Mussolinis.

Die Zeit steht im Zeichen des Völkerbundes, der Friedens- und Ausgleichsbestrebungen. So verkündet ringsum die völkerbundsfreundliche Presse aller Nationen. Man braucht ihr aber nicht allzu großen Glauben beizumessen, was es darf als ein besonderes Verdienst Herrn Mussolinis angesehen werden, daß er unbekümmert und ohne Rücksicht auf Europas überhäufte Höflichkeit die Politik des italienischen Imperialismus in stärkstem Gegensatz zu allem Pazifismus weiterführt. Ist es nicht vorteilhafter, daß jemand der Welt das wahre Gesicht zeigt, als daß er mit der Maske des „Gesistes von Locarno“ auf den Gimpelpfanz ausgeht? Herr Mussolini hatte, kurz bevor seine Vertreter die Reise nach Genf angetreten, bekanntlich den Besuch des jugoslawischen Außenministers entgegengenommen. Immer mehr sichern nun die Nachrichten durch, daß dieses römische Rendez-vous ein Uebereinkommen zustande brachte, demzufolge eine neue Gruppierung im Südosten Europas sich verbreitet, in der Mussolini die Führung für sich beansprucht. Es hat den Anschein, daß Italien sein unelingschränktes Uebergewicht in der Adria von Jugoslawien feierlich garantiert erhalten hat, während Mussolini hinsichtlich Salonikis und der mazedonischen tessalischen Ebene Herrn Dimitchitsch gegenüber sehr weitgehende, im übrigen recht vage Versprechungen gemacht hat. Daß diesem Abkommen eine bereits in der Öffentlichkeit bekannte Formel zugefügt wurde, in der jeder Versuch einer Vereinigung Österreichs mit Deutschland als casus foederis et belli erklärt worden ist, interessiert uns in diesem Augenblick umso mehr, als wir ja auf Grund des Locarno-Vertrages noch immer die angenehme Aussicht haben, Herrn Mussolinie als Garanten der Rühmsicherheit betrachten zu dürfen. Vielleicht hatte der Besuch des Herrn Dr. Benech in Wien bereits den Zweck, bei der österreichischen Regierung zu sondieren, ob sie nicht geneigt wäre, da ja nun durch das italienisch-jugoslawische Abkommen jede reale Aussicht auf einen Zusammenschluß mit Deutschland genommen worden sei, gute Wiene zum bösen Spiel zu machen und sich ebenfalls der neuen Mächtegruppierung, wenn auch nur wirtschaftlich, näher anzuschließen. Zur weiteren Unterstüzung dieses Planes, unter italienischer Führung die Oststaaten zu vereinigen, haben die Sympathieumgebungen, die Mussolini für Polen durch die tschechische Presse bekanngeben ließ, sicherlich das ihrige beitragen sollen. Und es berührt eigenartig, daß in dem meist gelesesten Warschauer Blatt, dem „Przeglad Wiegorny“, jetzt auf einmal die Nachricht auftaucht, daß die polnische Regierung in den Besitz deutscher Rüstungs- und strategischer Vorbereitungspläne des Ministeriums für Landeswehr in Berlin gekommen sei, deren Abschrift nun der Minister Strzymski Mussolini zugefickt habe, um diese Dokumente als Waffe in Genf zu einem Angriff gegen Deutschland benutzen zu können. Nun darf man ja ohne jeden Vorbehalt annehmen, daß es mit diesen deutschen Rüstungsplänen sich um eine Fälschung schlimmster Art handelt, von deren Veröffentlichung der klügere Mussolini trotz aller Deutschfeindlichkeit absehen dürfte. Aber hat er nicht selbst in seiner bekannten Kammerrede in ähnlichen Gedankengängen, Ausführungen über die gefährlichen Rüstungen Deutschlands gemacht? Zusammenhänge bestehen also hier unzweifelhaft. Polnische und italienische Maßnahmen werden nach einem bestimmten Programm planmäßig gegen Deutschland betrieben. Grund genug für eine erhöhte Voracht auf deutscher Seite für den Angriff aus der Südostseite, der mit den Ideen von Locarno nicht das Geringste mehr zu tun hat.